



Pressespiegel zur Asylpolitik vom 25. Oktober 2017

Erstellt von Mark Gärtner
gaertner@sfrev.de

Geschehenes – Kurzmeldungen:

Blick nach Europa und die Welt

- Fast eine Million Menschen der muslimischen Minderheit der Rohingya in Burma sind inzwischen nach Bangladesch geflohen. Das US-Außenministerium erklärte nun, Sanktionen gegen Einzelpersonen oder Gruppen wie Armee-Einheiten zu erwägen. Bei einer Konferenz wurden von der internationalen Gemeinschaft 290 Millionen Euro für die geflohenen Menschen bereitgestellt. Bis Februar sind für die Versorgung der Menschen 370 Millionen Euro nötig, so der UNHCR.
<http://www.spiegel.de/politik/ausland/rohingya-fluechtlingskrise-usa-kuendigen-sanktionen-gegen-burma-an-a-1174352.html> (24.10.17)
<http://www.zeit.de/politik/ausland/2017-10/vereint-nationen-rohingya-fluechtlinge> (23.10.17)
- In Österreich zeichnet sich eine Koalition zwischen rechtskonservativer ÖVP und rechtsradikaler FPÖ ab.
Bei der Wahl in Tschechien gewinnt die Partei des Milliardärs und Populisten Andrej Babis mit fast 30% der Stimmen. Gegen ihn wird wegen Betrugsverdachts ermittelt. Eine schwierige Koalitionsbildung zeichnet sich ab.
Nachzulesen im Medium der Wahl.

Bund, Land, Kommune

- In Leipzig hat die Gruppe „Zendegi – Keine Abschiebungen nach Afghanistan“ von Samstag vergangener bis Dienstag dieser Woche ein Protestcamp auf dem Leipziger Augustusplatz organisiert. Der Anlass: die gestrige Abschiebung nach Afghanistan vom Flughafen Leipzig / Halle. Diese wurde vollzogen trotz einer der blutigsten Wochen, die Afghanistan heimgesucht hatte. Bei mehreren Anschlägen der Taliban und des IS starben um die 250 Menschen. Gleichzeitig warnte das Bundesverkehrsministerium Airlines und Pilot*innen, den Flughafen Kabul anzufliegen, mit Raketenangriffen sei zu rechnen. Etwa 150 Menschen protestierten gestern am Flughafen gegen die Abschiebungen in ein Land, welches, wie zahlreiche offizielle Eingeständnisse belegen, nicht sicher ist. Dennoch verteidigte der Vorsitzende der Innenministerkonferenz und sächsischer Amtsinhaber Markus Ulbig die Abschiebung als für ihn „bindend“. Schlussendlich hob das Flugzeug mit einer nach wie vor unbekanntem Anzahl an Personen ab. Für eine Person konnte die Anwältin erreichen, dass das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge den Asylfolgeantrag prüft.

Interview der *LIZ* mit Alireza Alizadeh von Zendegi über die Abschiebung, die Lage in Afghanistan, das auf Nationalitäten reduzierende und diskriminierende Asylsystem und Hoffnung: <https://www.l-iz.de/politik/sachsen/2017/10/Interview-zu-Abschiebungen-nach-Afghanistan-%E2%80%9ELeben-wie-in-einem-Gefahrenis%E2%80%9C-195449> (23.10.17)

Bericht des *MDR* über das Protestcamp auf dem Augustusplatz in Leipzig (mit *SachsenSpiegel Beitrag*):

<http://www.mdr.de/sachsen/leipzig/protest-gegen-abschiebung-100.html> (23.10.17)

LIZ über das Protestcamp: <https://www.l-iz.de/politik/sachsen/2017/10/Von-Leipzig-nach-Kabul-Das-Protestcamp-hat-begonnen-195209> (22.10.17)

MDR mit Zitaten des Bayerischen Flüchtlingsrats über einzelne Menschen, die abgeschoben wurden sowie von Juliane Nagel, MdL, Die Linke:

<http://www.mdr.de/nachrichten/politik/regional/abschiebeflieger-nach-afghanistan-100.html> (24.10.17)

Zu den Anschlägen in Afghanistan:

<http://de.euronews.com/2017/10/22/blutige-woche-in-afghanistan> (22.10.17)

Zu Ulbig:

<http://www.zeit.de/gesellschaft/zeitgeschehen/2017-10/afghanistan-abschiebungen-leipzig-demonstrationen> (24.10.17)

PM von Zendegi:

<http://www.saechsischer-fluechtlingsrat.de/de/2017/10/24/pm-von-zendegi-diese-abschiebung-ist-ignorant-sie-ist-moerderisch/> (24.10.17)

- Die Ministerpräsident*innen trafen sich auf einer Konferenz in Saarbrücken, hielten Aufenthaltsrecht und Strafrecht durcheinander und forderten am Ende „intensivierte Anstrengungen“ bei der Abschiebung straffällig gewordener Geflüchteter. Die Arbeitsmarktchancen geduldeter Geflüchteter wollen sie verbessern – wozu sie sofort die Gelegenheit hätten, nämlich bei der Anwendung der Ausbildungsduldung durch ihre Ausländerbehörden.
<https://www.welt.de/newsticker/news1/article169789862/Ministerpraesidenten-fordern-konsequenter-Abschiebung-krimineller-Zuwanderer.html> (19.10.17)
- Diakonie und Caritas riefen die Parteien der potentiellen Jamaika-Koalition auf, den Familiennachzug subsidiär Schutzberechtigter nicht über März 2018 weiter auszusetzen. Die bisherige Regelung sei humanitär und integrationspolitisch fatal. Täglich zeigten sich die Folgen in der Beratung der Wohlfahrtsverbände. Immer wieder würden Familienmitglieder, insbesondere unbegleitete Minderjährige, angesichts der an sie gestellten Anforderungen zusammenbrechen.
<http://www.dnn.de/Nachrichten/Politik/Wohlfahrtsverbaende-fordern-Familiennachzug-fuer-Fluechtlinge> (20.10.17)
- In Dresden wurde vergangene Woche eine Mutter mit ihren acht Kindern in den Kosovo abgeschoben. Oberkirchenrat Christian Schönfeld hatte für die Liga der Freien Wohlfahrtspflege den Fall im vergangenen Jahr in die Sächsische Härtefallkommission eingereicht, die Kommission entschied positiv. Der Vater wurde dann in diesem Jahr in Abwesenheit und ohne dass er sich verteidigen konnte zu einer Haftstrafe von vier Monaten in Montenegro verurteilt. Die vorgebliche Tat liegt sechs Jahre zurück. Deutschland kam dem Auslieferungsgesuchs Montenegros nach woraufhin das sächsische Innenministerium die Aufenthaltserlaubnis kollektiv für die gesamte Familie widerrief. Was juristisch komplett fragwürdig ist denn Aufenthaltstitel werden individuell erteilt, nicht an Kollektive. Zudem berief sich das Innenministerium auf die rechtliche Konstruktion des Stambberechtigten. Die greift beispielsweise beim Familiennachzug, nicht aber beim Paragraphen zum Härtefall. Christian Schönfeld äußerte diese Zweifel gegenüber Innenministerium und Härtefallkommission, auch andere Mitglieder signalisierten Unverständnis. Das Innenministerium schuf aber mit der Abschiebung in der Nacht von Mittwoch auf Donnerstag vergangener Woche Tatsachen, bevor die Sächsische Härtefallkommission den Sachverhalt endgültig klären konnte. Die Familie befindet sich nun im Kosovo, mittels Spenden können sie sich bisher gerade so über Wasser halten.

<http://www.sz-online.de/nachrichten/abgeschoben-mit-acht-kindern-3799580.html> (20.10.17)

<http://www.dnn.de/Dresden/Lokales/Mutter-mit-acht-Kindern-abgeschoben> (19.10.17)

PM des SFR e.V.: <http://www.saechsischer-fluechtlingsrat.de/de/2017/10/19/pm-innenministerium-erschuettert-vertrauen-in-haertefallkommission-und-petitionsausschuss/> (19.10.17)

- Ein Teenager afghanischer Staatsbürgerschaft ist am vergangenen Samstag in einem Zug im Vogtland von einem Nazi attackiert worden. Der junge Mann musste ins Krankenhaus eingeliefert werden. Der rassistische Angreifer ist wegen gefährlicher Körperverletzung und des Verwendens verfassungswidriger Symbole polizeibekannt.
<http://www.mdr.de/sachsen/chemnitz/fremdenfeindliche-attacke-auf-afghanen-100.html> (23.10.17)
- Gegen die Abschiebung seines Mitschülers afghanischer Staatsbürgerschaft protestierte Ende Mai ein 22-jähriger in Nürnberg. Als die Beamt*innen ihn aus der Sitzblockade ziehen wollten, wehrte er sich. Nun wurde er zu einer Bewährungsstrafe von zwei Jahren verurteilt. Das hohe Strafmaß wird durch eine neue Regelung ermöglicht, die bei tätlichen Angriffen gegen Vollstreckungsbeamt*innen eine Mindeststrafe von drei Monaten vorsieht. Der Anwalt des Verurteilten kritisierte die Regelung. Sie schaffe Geschädigte erster und zweiter Klasse, Beamt*innen würden besonders geschützt werden.
<http://www.spiegel.de/lebenundlernen/schule/fall-asef-n-abschiebegegner-zu-zwei-jahren-auf-bewaehrung-verurteilt-a-1174509.html> (24.10.17)
- Laut Recherchen des *ZDF-Magazins Frontal 21* vermitteln Berliner Sicherheitsfirmen Geflüchtete in die Prostitution. Auch Minderjährige seien betroffen.
<http://www.zeit.de/gesellschaft/zeitgeschehen/2017-10/fluechtlinge-prostitution-zdf-frontal-21> (24.10.17)

Hintergrund und Meinung

- Als „Feiges Feilschen um Menschenleben“ kommentiert Anna Sauerbrey im *Tagesspiegel* die Verhandlungen von CDU, CSU, Grünen und FDP um die Verlängerung oder Nicht-Verlängerung des ausgesetzten Familiennachzugs für subsidiär Schutzberechtigte. Die Union interpretiere den Erfolg der AfD als Abwahl humanitärer Politik. Der neue Konservatismus, der die politische Feigheit zum Prinzip erhebe, sei eine schlechte Antwort im Vergleich zu Prinzipienfestigkeit und Erklärung. Wenn der Familiennachzug für subsidiär Schutzberechtigte weiterhin ausgesetzt werde, sei es für noch mehr Familien zu spät, noch mehr unbegleitete Minderjährige seien dann erwachsen geworden, noch mehr Ehen zerstört.
<http://www.tagesspiegel.de/politik/familiennachzug-fuer-migranten-feiges-feilschen-um-menschenleben/20488374.html> (23.10.17)
- Eine Reportage des *Handelsblatts* über das Schicksal geflohener Menschen türkischer Staatsbürgerschaft – zumeist Menschen aus der Elite der Türkei. Sie waren Professor*innen, Anwältin, Beamt*innen und flohen vor Verhör und Inhaftnahme. Wegen des Vorwurfs, Mitglied der Gülen-Bewegung zu sein, wurden sie entlassen. Hier in Deutschland befürchteten sie, bespitzelt zu sein. Berichte über Informationen an die Türkei weitergebende BAMF-Mitarbeiter*innen tragen zur Verunsicherung bei, dazu aber auch die Aktivitäten des türkischen Geheimdienstes oder die der türkisch-islamischen Organisation Ditib. Einer der Geflohenen wird zitiert, er vermeide jeden Kontakt zu Menschen seiner Staatsbürgerschaft.
<http://www.handelsblatt.com/politik/international/erdogan-fluechtlinge-tuerkische-elite-bittet-um-asy-l-in-deutschland/20489524.html> (23.10.17)
- Wenn es um die psychische Verfassung geflüchteter Menschen geht, gibt es ganz unterschiedliche Zahlen zu unterschiedlichen Aspekten. Der Sächsische Ausländerbeauftragte Geert Mackenroth ging beispielsweise davon aus, dass 60 % der

Geflüchteten traumatische Erlebnisse erfahren hätten. Im Artikel der *Zeit* wird eine Spanne von 16 bis 55 % der Geflüchteten angegeben, bei denen sich Traumatisierungen zu Posttraumatischen Belastungsstörungen entwickelt haben. Problematisch daran ist: in den ersten 15 Monaten, in denen die Geflüchteten nicht gesetzlich krankenversichert sind wie danach haben sie nur schwerlich Zugang zu therapeutischer Beratung und Behandlung. Die Psychosozialen Zentren sind überlastet, die Nachfrage übersteigt das Angebot bei Weitem, häufig mangelt es an Sprachmittlung.

<http://www.zeit.de/politik/deutschland/2017-10/fluechtlinge-psychologische-betreuung-afghanistan>
(23.10.17)

- Die *LIZ* hat über eine Presseanfrage anlässlich der Abschiebung von Dhruv Patel aus Leipzig Anfang September interessante Antworten von der Ausländerbehörde Leipzig erfahren. „Die Komplexität und die Freiräume, die der Staat sich im Umgang mit Menschen aus fremden Ländern längst selbst eingeräumt hat“ lassen überraschen. Dhruv Patel hatte demnach nie eine Ausbildungsduldung erhalten, sondern lediglich die Erlaubnis zur Ausübung einer Erwerbstätigkeit/ Beschäftigung. Die bloße Erlaubnis und der alleinige Ausbildungsvertrag schütze noch nicht vor Abschiebung. Das Ganze macht es unnötig kompliziert für Ausbildungsbetriebe, vor allem aber erodiert durch solche Fälle das Vertrauen in die Ausbildungsduldung – eine Entwicklung, die von Anfang an hätte vermieden werden können wenn anstelle einer Ausbildungsduldung eine Aufenthaltserlaubnis zum Zweck der Ausbildung geschaffen worden wäre.
<https://www.l-iz.de/politik/sachsen/2017/10/Nachklapp-zum-Fall-Dhruv-Patel-Eine-Nachfrage-beim-Amt-195336> (23.10.17)

Der Pressespiegel wird herausgegeben von:

Sächsischer Flüchtlingsrat e.V.
Dammweg 5
01097 Dresden
E-Mail: info@saechsischerfluechtlingsrat.de

Refugee Law Clinic Leipzig
Burgstraße 27
04109 Leipzig
Email: refugeelawclinic@uni-leipzig.de

Der Sächsische Flüchtlingsrat e.V. wird gefördert durch:

PRO ASYL
FÖRDERVEREIN PRO ASYL E.V.



UNO-Flüchtlingshilfe